

Frankfurt, 2. November 2020

PRESSEINFORMATION

FRAGEN UND ANTWORTEN ZUR GESAMTSTÄDTISCHEN DIGITALISIERUNGSSTRATEGIE

Warum brauchen wir eine Digitalisierungsstrategie?

Ziel ist es, Frankfurt „smarter“ und zukunftsfähiger zu machen. Der Standort soll attraktiv, lebenswert und international wettbewerbsfähig bleiben. Die gesamtstädtische Strategie richtet sich dabei an alle Akteure der Frankfurt Stadtgesellschaft – also neben der Stadtverwaltung auch an die Wirtschaft, die Wissenschaft sowie die verschiedenen Verbände und Organisationen.

Was ist der inhaltliche Fokus der Strategie?

Der Fokus der Strategie liegt auf der „Smart City“, der intelligent vernetzten Stadt. Eine Smart City zeichnet sich durch hohe Vernetzung der Akteure, intelligente Lösungen und geringen Ressourcenverbrauch aus. Ziel ist es, den Menschen durch Einsatz smarter Technologien bessere Lebensbedingungen zu bieten und traditionelle Zielkonflikte (z.B. zwischen Ökonomie und Ökologie) aufzulösen.

Kein Gegenstand der Strategie sind die Themen E-Government (mit den wesentlichen Zielen der Ermöglichung von Online-Anträgen) und IT-Strategie (Bereitstellung von IT-Infrastrukturen und IT-Basisdiensten), weil es zu diesen Bereichen bereits beschlossene Strategien gibt, die sich in Umsetzung befinden. Ebenso sind rein verwaltungsinterne IT-Fachverfahren nicht Gegenstand der Digitalisierungsstrategie, sondern liegen in der Verantwortung der jeweiligen Ämter und Betriebe.

Was sind die Ziele der Strategie und wie sollen diese erreicht werden?

Die Strategie zeigt auf, welche Akteure an zukunftsweisenden Projekten zusammenarbeiten können. Diese Zusammenarbeit kann durch eine Stärkung der Vernetzung der verschiedenen Beteiligten erreicht werden. Sie benennt notwendige Basisinfrastrukturen, die es ermöglichen, dass große Sensordatenmengen in Echtzeit übertragen und gespeichert werden können, um diese analysieren und daraus präzise Statusangaben, Vorhersagen und Handlungsnotwendigkeiten ableiten zu können. Die Strategie enthält eine Reihe konkreter Vorschläge für Projektvorhaben, die im Rahmen des Strategiefindungsprozesses mit verschiedenen Beteiligten innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung erarbeitet wurden.

Die Umsetzung dieser Projekte lässt sich nur gemeinsam erreichen. Daher sind Vernetzung, Kooperation und Kollaboration der Weg, um solche Vorhaben, die teilweise ohne oder nur mit geringer Beteiligung der Stadtverwaltung umzusetzen sind, zu ermöglichen. Insofern liegt die Umsetzung der einzelnen Projekte bei verschiedenen Protagonisten, deren Zusammenarbeit

und Austausch aber auch in Zukunft durch entsprechende von der Stadtverwaltung organisierte Veranstaltungsformate sichergestellt werden soll (siehe unten).

Wie ist die Strategie entstanden?

Die Strategieerstellung wurde von Anfang an von einem externen Dienstleister mit entsprechender Expertise unterstützt. Neben anfänglichen Grundsatzarbeiten wurde ein mehrstufiger Weg beschritten, um mögliche Beteiligte zu vernetzen und konkrete Projektideen zu entwickeln.

Am Anfang standen mehrere **Online-Umfragen** bei verschiedenen Zielgruppen: Ämter und Betriebe, städtische Beteiligungsgesellschaften, Hochschulen und Verbände wurden ebenso adressiert wie die Frankfurter Bürgerinnen und Bürger.

Mit den Ämtern wurden die ersten gewonnenen Informationen in **Interviews** vertieft.

Im Rahmen der Veranstaltung „**Forum Smart City Frankfurt**“ fanden all diese Beteiligten zusammen, um einerseits inspirierende Beiträge – etwa über Erfahrungen aus Wien oder zum Zusammenhang von Digitalisierung und Lebensqualität in Frankfurt am Main – zu hören und andererseits konkret an Projektideen zu arbeiten.

Eine erste Bewertung der gesammelten Ideen und eine Ausarbeitung der entsprechenden Ideen fand in anschließenden **Round Tables** statt, die nach den verschiedenen Themenbereichen gegliedert waren.

Wie geht es nun weiter? Welche Projekte werden jetzt als erstes umgesetzt?

Wichtig ist, dass der regelmäßige Austausch aller Beteiligten fortgeführt und institutionalisiert wird. Soweit für Projekte die Verantwortlichkeiten heute schon feststehen, ist am schnellsten mit Projektfortschritten zu rechnen.

Entscheidend für die Entwicklung zur Smart City ist dabei die Schaffung der notwendigen Basisinfrastruktur, die Datenaustausch zwischen Sensoren verschiedenster Art ermöglicht, und damit die Grundlage für unterschiedliche smarte Anwendungsfälle darstellt. So hat die Mainova bereits mit dem Aufbau eines LoRaWAN-Netzes begonnen. Diese Funktechnik ist zum Beispiel gut dafür geeignet, Wasser- und Wärmezähler aus der Ferne auszulesen oder automatisierte Prozesse auszulösen: Bäume werden beispielsweise feuchtigkeitsgesteuert bewässert, Parkplätze übers Smartphone reserviert und Abfalltonnen abgeholt, sobald sie voll sind. Die Vorgänge werden über Sensoren in Gang gesetzt.

Bei anderen Projektideen, die sich teilweise noch in einem sehr frühen Stadium befinden, ist vor der weiteren Umsetzung zunächst eine detaillierte Anforderungserhebung notwendig. Aufgrund des innovativen Charakters gibt es keine Referenzinstallationen und damit Anhaltspunkte für die zu erwartenden Kosten. Auch sind teilweise noch die genauen Rollen der Beteiligten zu klären.

Somit ist die Umsetzung der Projekte ein dynamischer und iterativer Prozess, bei dem es gilt, Erfahrungen zu sammeln und erforderlichenfalls bei der Umsetzung „nachzusteuern“.

Wie stellen sich die Verantwortlichkeiten dar?

Die Stabsstelle Digitalisierung koordiniert die Kommunikation und den Austausch der Beteiligten in Form von geeigneten Formaten wie weiteren themenbezogenen Round Tables,

Workshops oder Foren. Ziel ist dabei einerseits der Erfahrungsaustausch, andererseits die gemeinsame Initiative und Verabredung von Vorhaben. Die „Smart City“ ist ein Querschnittsthema, das vielfältige Themenbereiche und Akteure berührt.

Die Stabsstelle vertritt die Stadt Frankfurt am Main in entsprechenden Gremien auf Bundes- und Landesebene. Sie berät die Ämter bei den Digitalisierungsmöglichkeiten und vermittelt geeignete Ansprechpartner. In den nächsten Jahren unterstützt sie die Ämter und Betriebe aus einem Digitalisierungsbudget, um die anfänglich notwendigen Investitionskosten abzumildern. Sie initiiert die Bereitstellung von Basisdiensten wie einer urbanen Datenplattform.

Die Ämter und Betriebe sind die fachlich verantwortlichen Stellen. Sie leiten Umsetzungsprojekte und sind außerhalb der zentralen Bezuschussung für die dauerhafte Finanzierung dieser Projekte zuständig. Sie beauftragen die Umsetzung, steuern diese und kontrollieren die Erfüllung der von ihnen formulierten Ziele.

Die Stadtverwaltung kann jedoch eine Smart City nicht alleine gestalten. Daher gehören auch städtische Beteiligungsgesellschaften, Wirtschaftsunternehmen, Hochschulen, Verbände sowie Bürgerinnen und Bürger zu den Akteuren, die sich für eine Smart City engagieren. Durch das gemeinsame Vorgehen der Beteiligten sollen Synergieeffekte genutzt werden. So ist es beispielsweise denkbar, das erwähnte LoRaWAN-Netz der Mainova auch für den bedarfsgesteuerten Winterdienst oder die Zustandsüberwachung von Gebäuden einzusetzen. Alle Anwendungen führen zu einer Senkung der Betriebskosten, Ressourcenschonung, Entlastung der Umwelt und einem höheren Komfort im Alltag der Bürgerinnen und Bürger.

Bereits die Vernetzung der Akteure untereinander ist somit ein wesentlicher Nutzen der Strategie. Die Nutzung der im Strategiefindungsprozess bewährten Instrumente wie Round Tables, Workshops und Foren soll institutionalisiert werden, um eine zeitgemäße Form der Zusammenarbeit zu etablieren, die sich stärker an Themen und am direkten Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger als an klassischen Verwaltungszuständigkeiten orientiert.

Welche Ressourcen werden für die Umsetzung der Strategie benötigt?

Auf Basis der Erfahrungen anderer Städte und der Entwicklung der dortigen Digitalisierungs- und Smart-City-Strategien wurde von dem externen Dienstleister empfohlen, zur Umsetzung von Smart-City-Projekten in Frankfurt insgesamt 10 Stellen bei der Stabsstelle Digitalisierung zu schaffen sowie zentrale Mittel zur Anschubfinanzierung von Digitalisierungsprojekten in Höhe von insgesamt 3 Millionen Euro pro Jahr für einen Projektzeitraum von fünf Jahren bereitzustellen.

Vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltssituation werden für die zentrale Förderung städtischer Digitalisierungsprojekte zunächst nur 2 Millionen Euro pro Jahr für sowie 5 Stellen beantragt.